

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2152 –**

Ausländische Investoren und deutsche Medien

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann (CDU), hat bei einem Treffen mit dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV) im Kanzleramt Korrekturen am Medienrecht angedeutet. Unter Hinweis auf die gescheiterte Beteiligung des Springer-Verlages an ProSiebenSat.1 Media AG sagte Bernd Neumann, es könne keine zufrieden stellende Lösung sein, „wenn Entscheidungen des Bundeskartellamtes und der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) zur Folge hätten, dass beim Erwerb von in Deutschland ansässigen Unternehmen ausschließlich ausländische Investoren zum Zuge kommen können“. Es sei zwischen Meinungsvielfalt einerseits und internationaler Konkurrenzfähigkeit deutscher Medienunternehmen andererseits abzuwägen, „ob der Gesetzgeber Korrekturen vornehmen muss“, hieß es in der Frankfurter Rundschau vom 17. Juni 2006.

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, dass das Bundeskartellamt sowie die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich nur ausländische Investoren bei ProSiebenSat.1 Media AG zum Zuge kommen lassen würden, und wie begründet sie dies?

Das Bundeskartellamt und die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) haben ausschließlich über die beantragte Übernahme der ProSiebenSat.1 Media AG durch die Axel Springer AG entschieden. Wie diese zuständigen Stellen eine mögliche Fusion der ProSiebenSat.1 Media AG mit einem anderen deutschen oder ausländischen Medienunternehmen beurteilen würden, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab.

Das Bundeskartellamt fällt seine Entscheidungen nach gesetzlich festgelegten Kriterien unabhängig von der Herkunft des Investors.

2. Welche Probleme hat es aus der Sicht der Bundesregierung beim Engagement ausländischer Investoren bei der ProSiebenSat.1 Media AG bisher gegeben?

Der Bundesregierung sind keine Probleme bekannt.

3. Welche Probleme hat es aus der Sicht der Bundesregierung beim Engagement ausländischer Investoren bei deutschen Medien bisher gegeben?

Die Beteiligung ausländischer Investoren an deutschen Medienunternehmen ist im Rahmen des geltenden Rechts ein regulärer wirtschaftlicher Vorgang und als solcher unproblematisch, wenn die speziellen wettbewerbsrechtlichen und medienrechtlichen Rahmenbedingungen beachtet werden. Bislang gibt es im Medienbereich weniger ausländische Investoren in Deutschland als umgekehrt deutsche Investoren im Ausland; der Bundesregierung sind in diesem Zusammenhang keine Probleme bekannt. Die Bundesregierung sieht es aber aus medienpolitischer Sicht als besonders wichtig an, dass der hohe Qualitätsstandard der deutschen Medien wegen der verfassungsrechtlich hervorgehobenen, überragenden Funktion der Medien für die demokratische Gesellschaft gewahrt bleibt. Die Bundesregierung wird die weitere Entwicklung der deutschen Medienunternehmen deshalb unter diesem Aspekt sorgfältig beobachten.